

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postfachstelle: Leipzig Nr. 22, Größte Nr. 22.

Postfachstelle: Leipzig Nr. 22, Größte Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Wiesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 94.

Sonnabend, 24. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Dieses Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (7 Zeilen) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; jeiraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verkauft, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Wiesa. Dierzelmütige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Ablieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Wiesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 25. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Wiesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Wiesa.

Tuberkuloseberatungsstelle in Wiesa betr.

Nachdem die Einrichtung der Tuberkuloseberatungsstelle in Wiesa herbeigeführt ist, wird bekannt gegeben, daß die Beratungskunden vom 13. April 1920 an gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Waldau von der hiesigen Volksbibliothekspflegerin abgehalten werden. Die Beratungskunden finden statt: an jedem 2. und 4. Dienstag im Monat vorm. von 9—10 Uhr im früheren Brauereivereinshaus hinter dem Rathaus. Ein Entgelt ist für die Beratung nicht zu zahlen. Die Beratungskunden dürfen gleichzeitig von den Einwohnern der Gemeinde Wiesa, insbesondere von den in der Wiesa wohnenden Personen aufgesucht werden. Im Interesse der Volksgesundheit wird eine regere Beteiligung seitens der kranken oder lungengefährdeten Einwohner an dieser Einrichtung empfohlen. Volksfahrkarte Wiesa, am 9. April 1920.

Verkauf von Suppenmehl und Vorigentrant

in der Volkshalle Gröba Montag, den 26. April 1920, vormittags von 8—10 Uhr. Beutel mitbringen! Gröba (Elbe), am 22. April 1920. Der Gemeindevorstand.

Staatseinkommensteuer in Gröba.

Nachdem die Verabreichung der Staatseinkommen-Steuerzettel auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 beendet ist, fordern wir alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche einen Steuerzettel nicht erhalten haben, auf, dies bei unserer Steuerkasse, Zimmer Nr. 5, zu melden. Die Steuer ist innerhalb 14 Tagen an unsere Steuerkasse zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt zwangsweise Versteigerung. Gröba (Elbe), am 24. April 1920. Der Gemeindevorstand.

Zur Lage in Sachsen.

Nach den sich überziehenden Ereignissen des Mittwoch und Donnerstag, die zum Sturz der sächsischen Regierung führten, ist am Freitag eine gewisse Beruhigung eingetreten. Im Vordergrund der Erörterungen steht das Ministerium um die Person des neuen Ministerpräsidenten. Neben dem schon genannten Reichstags-Abgeordneten Rüfen ist noch eine andere Person als Kandidat für die Reichsregierung in Aussicht genommen. Rüfen wird durch die sächsische Ministerpräsidentin von Bismarck genannt. Rüdiger, welcher die maßgebende Stelle inne hat, ist nach dem Stand der Dinge vorläufig dem Reichstags-Abgeordneten Rüfen zuzurechnen. In der Erwartung, daß es möglich ist, den immer neu auftretenden Schwierigkeiten über weitere Ministerpräsidenten-Kandidaturen nachzugehen. In den Kreisen der Mehrheitssozialdemokraten, die der gestürzten Regierung nahe stehen, ist man nach wie vor der Annahme, daß es wiederum zu einer aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehenden Regierung kommen werde. Der frühere Finanzminister Rüfen, der auch zum rechten Flügel seiner Partei gehört, schreibt in der „Freitagssnummer der „Dresdner Volkszeitung“: „Nun, sie (die Krise) ist im Grunde darauf zurückzuführen, daß die Überzeugung stark gegriffen habe, daß es doch nicht gelingen werde, die Genossen im Lande zu befriedigen, wenn man versuchen wollte, mit den sächsischen Männern die Regierungspolitik auf die Forderungen der 11 Punkte zu stellen. Dazu kamen einige Vorurteile, vor allem die Beschränkung der erforderlichen Maßnahmen wegen der Sicherung des Wahlertags, die neu die Ansicht nach riefen, daß es der Regierung doch nicht ernst mit einem entschiedenen Handeln zur Durchführung der 11 Punkte und anderer Forderungen sei. Und so kam man allerdings recht übereinstimmend zum Entschluß, das schon vor vier Wochen angenommene Kandidatenverzeichnis des Ministerpräsidenten annehmen. Mühsam ist die in bürgerlichen Kreisen verbreitete Ansicht, daß die 11 Punkte den Unstuf geben hätte. Sie ist bei den entscheidenden Entscheidungen nicht einmal erwähnt worden.“

Wodurch ist erwähnt, daß trotz einem unerkennbaren Kund nach Inth im Inneren der sozialdemokratischen Fraktion, der besonders durch den Kapp-putsch verursacht ist, doch in keiner Weise die Absicht besteht, das seit hergebrachte Zusammengehen mit der demokratischen Partei aufzugeben und auf eine gemeinsame Regierung mit den Unabhängigen zuzutreten. Man war sogar der Ansicht, daß die demokratischen Vertreter in der Regierung von der Umgestaltung gänzlich unberührt bleiben und die Umstellung sich nur auf die sozialdemokratischen Vertreter erstrecken sollte. Soweit von einem neuen Kurs geredet wird, ist das nur insoweit richtig, als angestrebt wird, die neue Regierungspolitik auf die bekannten 11 Punkte einzustellen, was nach Lage der Dinge, bei allen Bedenken, die wir gegen einzelne haben, eine Selbstverständlichkeit ist. Zu dem Ministerat bürgerlicher Zeitungen über die neuen Männer sei nur so viel gesagt, daß sich in keiner Weise darüber etwas Bestimmtes sagen läßt, daß aber gerade die Damen, die genannt werden, kaum in Betracht kommen können.“

Wenn man hier also von mehrheitssozialdemokratischer Seite einen Vorbehalt der Koalition zwischen Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten das Wort redet, so ist nur die Frage, ob es unter dem neuen Kurs den Demokraten überhaupt möglich sein wird, in der Regierung zu bleiben, wenn, wie es in der angezogenen Artikel an anderer Stelle heißt, die Durchführung der 11 Punkte mit „großer Tatkraft und Energie“ betrieben werden soll, als dies seitens der bürgerlichen Regierung der Fall war.

Eine teilweise Klärung der Situation hat schon der erste Tag der Landesversammlung der U. S. P. in Leipzig gebracht. Wie wir schon gestern als wahrscheinlich hinstellten, haben die Unabhängigen jetzt noch nicht die rechte Lust, sich an der Regierung zu beteiligen. Sie hoffen, als Oppositionspartei im Wahlkampf bessere Geschäfte zu machen, als wenn sie als Regierungspartei auftreten müßten. In diesem Sinne hat der Abgeordnete Rüfen auf der Landesversammlung ausgeführt, daß der Landesvorstand der U. S. P. die Frage

des Eintritts in die Regierung nach allen Seiten eingehend geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, der Landesversammlung vorzuschlagen, sich vor Abschluß der Reichstagswahlen in Sachsen an der Bildung der Regierung nicht zu beteiligen. Die weitere Entwicklung, d. h. Lösung der Krise wird also nun von den Entscheidungen in Wehlen abhängen.

Über den Landespartitag der U. S. P. in Leipzig wird uns noch gemeldet: Der Vorsitzende, Pippin-Weiß, erklärte, der Kapp-putsch sei noch nicht erledigt, doch werde es vor dem Abschluß der Reichstagswahlen vermutlich zu seinem neuen putsch kommen. In einer Entschließung, die Pippin empfahl, heißt es, die Landesversammlung begründet die von der Zentralleitung der U. S. P. aufgestellten Mindestforderungen und macht sie für sich eigen. Viele Forderungen sollen aber nur von einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden. Deshalb kann die U. S. P. in Sachsen sich an keiner Regierung beteiligen, in der Vertreter bürgerlicher Parteien sitzen. Zu den bevorstehenden Wahlen bemerkte Pippin, daß der Kampf der U. S. P. auch gegen die Rechtssozialisten und Kommunisten geführt werden müsse.

Minister Mühs verteidigt sich.

Der Minister des Inneren Mühs veröffentlicht in der „Dresdner Volkszeitung“ eine Erklärung auf den Redaktionartikeln, der interessante Angaben enthält. Er erklärt, daß die Behauptung, die Regierung habe nichts oder Unzureichendes zur Durchführung der sogenannten 11 Forderungen getan, auf einem starken Irrtum beruhe, denn an allen Forderungen sei eifrig gearbeitet worden. Die Verleumdungen wüßigen Sozialisten seien soweit abgebaut, daß nur noch die Reste vorhanden sind, die für das Abwicklungsamt gebraucht werden. Für die Demokratisierung und Reinigung der Reichswehr seien, soweit Sachsen darauf Einfluss habe, energische Arbeiten schon seit langem im Gange. General Maercker sei erledigt. Die Landespolizei sei auf die Sicherung ihrer demokratischen Zuverlässigkeit eingehend geprüft worden. Zwei Offiziere, die einer solchen Prüfung nicht vollkommen standgehalten hätten, seien geneigt worden, ihren Abschied zu nehmen. Die Stellung der Zivilkommission sei in einer Weise geklärt worden, die sicher der gestellten Forderungen Rechnung trägt. Die darauf bezüglichen Arbeiten wären gerade am Abschluß gebracht worden, als es die Fraktion für geraten fand, die Krise herbeizuführen. Die Richtlinien für die Einwohnerversammlung seien im Sinne der Forderungen vorbereitet worden. Die Arbeit konnte nur deshalb nicht zum Abschluß gebracht werden, weil die Ententeorderungen eine abwartende Haltung erfordert hätten. Die die wirtschaftlichen Fragen betreffenden Forderungen, die noch in Betracht kommen, richten sich an die Ministerien, die vornehmlich gar nicht von der Krise berührt werden. Zweifellos würden aber auch diese Forderungen mit allem Eifer bearbeitet. Übrigens habe nur die Forderung der Demokratisierung des Verwaltungskörpers, daß diese komplizierte Frage von heute auf morgen gelöst werden kann, werden sicher auch die Befürworter der 11 Forderungen nicht erwarten. Sie bedürfe gründlichen Studiums und enger Prüfung. Trotz alledem seien bereits einseitige Schritte auch in dieser Hinsicht unternommen worden.

Dertliches und Sächsisches.

Wiesa, den 24. April 1920.

— Mitteilungen aus der Ratssitzung vom 22. April 1920:

1. Der Gas- und Wasserwerksausschuss haben eine Erhöhung des Gas- und Wasserpreises vorgeschlagen. Der Rat stimmt einer Erhöhung zu, beschließt aber, um weitere Deckungsmittel für die allgemeinen Bedürfnisse der Stadt zu beschaffen, die vorgeschlagenen Erhöhungen um je 10 % zu erhöhen, da bei der Finanzlage der Stadt diese Deckungsmittel dringend benötigt werden. Der Gaspreis soll betragen: 1,70 M. für Einheitsgas, 1,75 M. für Automaten- und 1,60 M. für Industriegas verbrauchtes Gas. Der Wasserpreis soll betragen: 1,10 M. pro Kubikmeter für Privatre, 1,05 M. für zu gewerblichen Zwecken

Die Oberrolle der Sächsischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1919 liegt gemäß der im § 14 des Landesgesetzes vom 4. Dezember 1912 vorgeschriebenen Weise in der Zeit vom 26. April bis 8. Mai 1920 im hiesigen Gemeinrat, Zimmer Nr. 4, zur Einsichtnahme der Beteiligten aus. Gröba, (Elbe), am 24. April 1920. Der Gemeindevorstand.

Die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß hat den 1. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Einführung von Umgebungsentschädigungen für die angestellten Hebammen, wonach

bis 2500 M. Jahreseinkommen	6 M. Umgebungsentschädigung,
bis 3700 M. Jahreseinkommen	10 M. Umgebungsentschädigung,
bis 4800 M. Jahreseinkommen	15 M. Umgebungsentschädigung,
über 4800 M. Jahreseinkommen	20 M. Umgebungsentschädigung,

zu zahlen ist, genehmigt. Der 1. Nachtrag liegt im Gemeinrat, Zimmer Nr. 10, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Gröba (Elbe), am 22. April 1920.

Die Vertretung des 25. Gebietsbezirks der Amtshauptmannschaft Großenhain, Hans, Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Wiesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17, Tel. Nr. 40. Stellung erhalten sofort: 2 Böttcher, 3 Möbelschneider, 3 gelernte Metallschleifer, 12 gelernte Spinner- und Weber- oder Arbeiterinnen, 2 Schneider, 2 Böttcherlehrlinge für Wiesa, laubm. Dienstmädchen mit und ohne Stallarbeit gegen den neuesten Tariflohn, 3 laubm. Burken gegen Tariflohn, Dienst- u. Haus-Mädchen für Herrschaft und Restaurant, 1 Wirtschaftsprüfer und Witwe über 30 Jahre für Herrschaft, 1 junger Mann, welcher selbstständig polieren und vernickeln kann.

verbrauchtes Wasser und 1,60 M. für Defekte, städt. Wasser, Wasser und Wasser.

2. Mit Rücksicht darauf, daß die Zusatzen von Gaslohn in diesem Jahre noch geringer ausfallen werden, soll das Gaswerk Ermächtigung erlangen, dem Gas zu 35 Prozent Kolkgas beizumischen.

3. Die Abfuhr von Abordrünger mittelst der gewöhnlichen Saugwagen soll in Zukunft nur noch gestattet werden vom 1. Oktober bis Ende März von abends 7 bis früh 7 Uhr und in der Zeit vom 1. April bis Ende September von abends 8 bis früh 6 Uhr.

4. In einer am 20. April 1920 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der städtischen Kollegien ist beschlossen worden, das Luft-Verkehrsgesetz, das vom Verein für Gesundheitspflege e. V. unterhalten wird, mit einem Aufwande von 10000 M. auf Kosten der Stadt zu erweitern und zu verbessern. Als Sicherung behält sich die Stadt ein Vorkaufrecht vor, falls sich der Verein auflöst oder das Bad verkaufen will, sowie daß die jetzt auf Kosten der Stadt beschafften Einrichtungen unentgeltlich in den Besitz der Stadt übergehen, sobald das Bad von der Stadt übernommen werden sollte. Weiter ist eine Anzahl Freizeitanlagen für Erwachsene ausgebaut worden, die durch städtische Wohlfahrtsamt an Winterdemitelle verteilt werden sollen. Dem Verein soll weiter auf die Jahre 1920 und 1921 ein fester Beitrag von 200 Mark zur Unterhaltung des Bades gewährt werden, der bis auf 500 Mark für jedes der beiden Jahre erhöht werden soll, sofern der Verein durch Vorlegung des Rechnungsablaufes nachweist, daß über den Betrag von 200 Mark hinaus weitere Zuschüsse aus der Vereinskasse nötig geworden sind. Zu Punkt 1 und 2 ist die Zustimmung des Stadtverordneten-Kollegiums erforderlich. Hierüber wurden noch 46 Punkte erledigt.

— Eternabend. Die Lehrerschaft der hiesigen Mädchenschulen hatte für vergangenes Donnerstag abend zu einem Eternabend nach dem Ritzener Dorie eingeladen, und die Elternschaft hatte dem Rufe sehr zahlreich Folge geleistet. Die Leitung des Abends lag in den Händen des Herrn Direktors Danthwart, der den versammelten Vätern und Müttern den Gruß der Schule entbot, weiterhin erläuterte auf die geschiedenen Bestimmungen über die Bildung von Elternräten hinwies und betonte, wie wichtig es in der Gegenwart sei, alle Kräfte in Schule und Haus zusammenzuführen, die berufen sind, an der Erziehung und allseitigen Erziehung der Jugend mitzuwirken. Dazu solle die Bildung eines Elternrates mitwirken, dessen Vorkommnisse vorzunehmen Aufgabe dieses Abends sein solle. Die Wahl war durch einen Ausbruch vorbereitet, doch lag durchaus die Möglichkeit vor, die aufgestellten zwölf Vorschläge zu ändern. In der Aussprache zu diesem Gegenstand trat Herr Reich für Aufnahme eines Vertreters der katholischen Kirchgemeinde in die Liste ein. Aus der Wahl zum Elternrat gingen hervor die Herren Arnold, Schillerstraße 7, Rehnisch, Goethestraße 82, Brauns, Kaiser-Wilhelm-Pl. 7, Baumt, Bismarckstraße 26, Jurmann, Egerstraße 6, Kemm, Goethestraße 80, König, Großenhainer Straße 3, Köhlig, Hauptstraße 7, Hennig, Chemnitz-Strasse 13, die Frauen Cornelius, Schullstraße 19, Lang, Dorfstraße 9, Schimper, Bismarckstraße 13. Die Stimmzahl bewegte sich zwischen 368 und 256. Außerdem erhielt Herr Reich 172 Stimmen. Die Gewählten nahmen sämtlich die Wahl an. Während der Aussprache der Stimmen gab Herr Direktor Danthwart einen Heberblick über den Aufbau der Mädchenkinder in ihren verschiedenen Abteilungen. In Verantwortung einer Anfrage legte der Verwaltungsrat noch dar, daß der Elternrat lediglich beratend der Schule zur Seite stehen werde, ihm aber Aufsichtsrechte nicht zuzulassen.

— Rieser Bank. Wie aus dem Anzeigenteil vorgelegener Nummer ersichtlich, gelangen nunmehr von der Rieser Bank A. G. zu Wiesa zur Erhöhung des Grundkapitals 2 Millionen neue Aktien zur Ausgabe, die an der Dividende vom 1. Juli 1920 an teilnehmen.

— Operetten-Aufführung. In Höpners Saal gehtert am Mittwoch, den 28. April zum letzten Mal das Personal der vereinigten Stadttheater

Wiesa, den 24. April 1920. Der Gemeindevorstand.